

unter Ausschaltung des Einflusses der amerikanisch geleiteten oder vom westdeutschen Monopolkapital abhängigen Presse sich ihr eigenes Urteil bilden. Es liegt im ureigensten Interesse auch aller sozialdemokratischen Arbeiter und im Interesse der Erhaltung des Friedens, endlich alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zu konzentrieren, gegen die Militaristen und Revanchepolitiker in Westdeutschland. Nachdem sich die militaristischen und reaktionären Kräfte unter der Führung der Bonner Regierungsparteien zusammengeschlossen haben und auch bei Wahlen Wahlblocks bilden, ist es höchste Zeit, daß sich die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, die SED, die SPD, die KPD, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden.

Es ist an der Zeit, daß sich überall die Arbeiter im Kampf gegen die Annahme des Wehrgesetzes, gegen den Militarismus und seine Organisationen zusammenschließen.

Es ist notwendig, gemeinsam jeder Kriegspropaganda entgegenzutreten und die Verbreitung militaristischer Literatur zu verhindern.

Es ist notwendig, die Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung zu mobilisieren, damit sie die Verträge von Bonn und Paris nicht anerkennen und ihre Durchführung verhindern. Der beste Weg, damit die Meinung des Volkes über Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder Bonner und Pariser Verträge zum Ausdruck gebracht wird, wäre die Durchführung einer Volksabstimmung.

Es ist notwendig, daß die Arbeiterklasse entschlossen die Vorschläge von Außenminister Molotow auf Herabsetzung der Besatzungskosten auf fünf Prozent des Staatshaushaltes und auf Befreiung von Reparationsleistungen und der Nachkriegsschulden Westdeutschlands zu ihren eigenen Forderungen macht.

Es ist notwendig, daß die Arbeiterklasse und insbesondere ihre Gewerkschaften den Kampf aufnehmen gegen die Abwälzung der Lasten der Besatzungskosten und der Remilitarisierung auf die Schultern der Werktätigen. Das erfordert den gemeinsamen Kampf gegen die Mieterpreiserhöhung, für Lohnerhöhungen, gegen die Preissteigerungen. Das ist nur möglich, wenn der Kampf um die Arbeiterrechte geführt wird, gegen das Betriebsverfassungsgesetz, das ein Antigewerkschaftsgesetz ist.

Wir schlagen vor, daß die Führungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sich verpflichten, das Zusammengehen der Arbeiter zur Verwirklichung dieser Forderungen zu unterstützen.